

Brauchen wir investigativen Arbeitsjournalismus? Eine anekdotische Annäherung und 3 Thesen.

Arbeitsthemen sind selten die Hauptmeldung in den Abendnachrichten, dennoch schafften sie es in den vergangenen Monaten in Österreich in die Schlagzeilen. Beschäftigte des MAN-Werks in Steyr mussten mit der Übernahme durch den Investor Sigi Wolf Lohnkürzungen hinnehmen, während ein Gericht die Klage von Douglas-Mitarbeiterinnen abwies, die die Drogerie-Kette nach Vorbereitungen zur Gründung eines Betriebsrates kündigte. Und im Sommer berichteten Zeitungen über Klagen von Wiener Bäckereiketten, sie suchten händeringend nach Arbeitskräften, doch Arbeitssuchende lägen lieber auf der faulen Haut. Die Arbeitssuchenden selbst kommen dabei kaum zu Wort.

Freilich, Berichterstattung über Arbeitsthemen ist selten angetrieben von Forderungen und Initiativen der Beschäftigten, sondern oft von Firmenchefs und Investorinnen, von Wirtschaftsforscherinnen und Arbeitsmarktexperten. International sind es nicht selten erst Großereignisse, die prekäre Verhältnisse einer Branche ans Licht zerren. So debattierte Deutschland über die Arbeitsbedingungen osteuropäischer Beschäftigter der Fleischerei Tönnies, nachdem diese sich in überfüllten Wohnquartieren massenhaft mit dem Covid-19-Virus angesteckt hatten. Und in Großbritannien mussten erst Pandemie und Brexit die Regale leerräumen, bis über fürchterliche Arbeitszeiten und niedrige Löhne von LKW-Fahrern berichtet wurde.

Als Journalist hatte ich selbst vor einigen Monaten Gelegenheit, über Arbeitsbedingungen bei einem internationalen Konzern zu recherchieren. Der chinesische Telekomriese Huawei beschäftigt in Europa tausende Menschen, mehrere hundert allein an seinem EU-Sitz in Düsseldorf. Wie dort und an anderen europäischen Standorten mit chinesischen und internationalen Beschäftigten verfahren wird, veröffentlichten wir gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen eines internationalen Recherchekollektiv¹. Dabei wurde deutlich: Verstöße gegen Arbeitszeitregeln, eine toxische Firmenkultur oder arbeitsrechtlich fragwürdige Kündigungen sind bei internationalen Konzernen oft systematisch, Produkt von Entscheidungen der Konzernleitung. Doch die Durchsetzung des Arbeitsrechts bleibt auch im EU-Binnenmarkt Aufgabe lokaler Behörden, vielfach fehlt es an internationaler Zusammenarbeit.

Die Erfahrung hat mein Interesse an investigativer Recherche zum Thema geweckt. Ich stellte mir die Frage: Welche Rolle spielt investigativer Journalismus im öffentlichen Diskurs über Arbeit? Und welchen Platz hat Arbeit zwischen klassischer Wirtschafts- und Politikberichterstattung?

Zunächst habe ich mich mit aktueller akademische und populärer Literatur zum Thema auseinandergesetzt. Vor allem in den USA wird in Journalismusdiskursen nach der Präsidentschaft von Donald Trump verstärkt diskutiert, ob konventionelle Medien und Mediennarrative die Breite der Bevölkerung abbilden und inwieweit die Verengung des medialen Spektrums zur Spaltung der Gesellschaft beigetragen hat. Mehr dazu später.

In meine Betrachtungen eingeflossen sind auch mehrere Gespräche mit Wirtschaftsjournalist*innen in und jenseits von Österreich. Dabei tauchte etwa die Frage auf, ob unter Journalist*innen Arbeit als integraler Bestandteil etwa des Wirtschaftsressorts gesehen wird und wo und durch wen

1 <https://netzpolitik.org/2021/wolfsgeist-wie-huawei-seine-angestellten-in-europa-kontrolliert/>

Berichterstattung über Streiks und Arbeitskämpfe stattfindet. Besprechen konnte ich auch die Frage, inwiefern eigene Ressorts wie „Karriere“ oder „Beruf und Chance“ mit ihrem Fokus aus die individuelle Lage von Beschäftigten eine Ergänzung oder gar eine Antithese zur Berichterstattung über die kollektive Lage von Arbeitnehmer*innen darstellt. Mit Bedauern mussten wir dabei feststellen, dass selbst unter gutinformierten Wirtschaftsberichterstellern Unklarheit über Grundsatzfragen herrscht, etwa darüber, wie eigentlich eine Betriebsratsgründung funktioniert und wie weit das Recht von Arbeitgebern geht, ihre Beschäftigten zu kontrollieren und zu überwachen.

Feststellen lässt sich auch, dass kämpferische Arbeitsberichterstattung in der von bürgerlichen Medien geprägten österreichischen Presselandschaft kaum Tradition hat. Mit dem Ende der *Arbeiterzeitung*, die diese Bevölkerungsgruppe expressis verbis zum Zielpublikum erklärte, war auch deren Sozialreportagen und regelmäßige Berichterstattung aus den Arbeitsgerichten zu Ende. Immerhin, seit einiger Zeit bemühen sich die SPÖ-Medien *Kontrast.at*, *Arbeit&Wirtschaft* und der unabhängige Blog *Moment.at* sowie – traditionsreicher – der *Augustin* diese Lücke zu füllen. Das ist insofern bemerkenswert, als Arbeit als Thema fast alle Menschen irgendwann im Laufe ihres Lebens betrifft und beschäftigt. Zu berichten gäbe es genug.

Die im Wesentlichen reaktive und oft von wenig Expertise angeleitete Berichterstattung zu Arbeitsthemen hat – gemeinsam mit einer geringen Bereitschaft, proaktiv neue Recherchen zu diesen Themen zu beginnen – zur Folge, dass Arbeitsbedingungen und Arbeitskämpfe in der öffentlichen Wahrnehmung ein marginales Thema bleiben. Das entzieht der Seite der Arbeitnehmer*innen die Möglichkeit, politischen Druck aufzubauen und beraubt ihnen eines wichtigen Werkzeugs, der Mobilisierung der öffentlichen Meinung.

Natürlich bleiben meine Betrachtungen an dieser Stelle subjektiv und anekdotisch. Gründlichere wissenschaftliche Untersuchungen über Arbeitsjournalismus und die mediale Berichterstattung über das Thema Arbeit aus dem deutschsprachigen Raum konnte ich nicht finden, in Branchenkreisen und bei Journalistenkongressen bleibt das Thema neben Trendthemen wie Klimajournalismus eher eine Randerscheinung. Der Arbeitsplatz, so scheint es, ist als Thema nicht sexy genug. Eine klare Spiegelung erfährt das etwa in den Preisen, mit denen sich die Branche schmückt. Von 551 Auszeichnungen, die *journalistenpreise.de* auflistet, prämiiert nur eine einzige – der von der deutschen IG Metall ausgeschriebene Willi-Bleicher-Preis – explizit Berichte aus der Arbeitswelt.

Die folgenden drei Thesen destillieren einige meiner Überlegungen zur Frage, welchen Beitrag investigativer Arbeitsjournalismus zur öffentlichen Debatte leisten können. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern sollen einen Denkanstoß liefern. Im Folgenden biete ich eine kurze Zusammenfassung einschlägiger Lektüre.

These 1: Arbeit muss sich von der „Wirtschaft“ emanzipieren

Konventionelle Wirtschaftsberichterstattung hat als gewöhnliches Handlungsobjekt Unternehmen und ihre Führung, ihr Narrativ fällt mit Gewinnen und Verlusten. Andere Sichtecken sind jene der „Märkte“, oder auch die Volkswirtschaft als Ganzes. Im Umfeld klassischer Wirtschaftsberichterstattung und den entsprechenden Ressorts in Nachrichtenmedien hat Arbeit nur als Nebenaspekt Platz. Auch in der politischen Berichterstattung über Streiks und Kollektivverhandlungen nehmen Betriebsräte, Gewerkschaften und Lohnverhandlungsrunden die Sonderrolle eines Nebenereignisses ein, wie eine exotischere Sportart, die in Randzeiten im Fernsehen ausgestrahlt wird.

Stattdessen muss Arbeit als Thema sich von den Ressortzuteilungen „Wirtschaft“ und „Innenpolitik“ lösen. Der Kern einer Berichterstattung, die sich holistisch mit Wirtschaft und

unserem Wirtschaftssystem auseinandersetzt, muss weg von Bilanzen und hin zu menschlichen Akteuren gerichtet werden. Der Journalismus sollte weg von „Wirtschaft“ als Firmenkolportage hin zu ganzheitlicher Berichterstattung über alle Aspekte des wirtschaftlichen Systems führen, in dem der öffentliche Sektor, der soziale Bereich und Care-Arbeit im Haushalt explizit mitgedacht sind.

These 2: Wir brauchen spezialisierte Labour-Journalist*innen

Tiefere journalistische Auseinandersetzung mit jedem Thema setzt Themen-Expertise voraus. Solche Expertise erlaubt trittsichere Berichterstattung über komplexe Themen, etwa über arbeitsrechtliche Zusammenhänge. Sie erlaubt aber auch, Grenzen in der Berichterstattung auszuloten („wie viel Details darf ich über diesen Fall berichten“) und eine rasche Einordnung von Ereignissen. Reporter*innen, die ihren „Beat“ gut kennen, können tiefere Kontakte mit handelnden Figuren aufbauen und rascher mehr und gründlicher berichten. Solche Expertise gibt es durchaus im deutschsprachigen Journalismus, aber verbreitet ist sie nicht.

Um das Feld der Berichterstattung über Arbeitsthemen auszuweiten und öffentliche Wahrnehmung für die Themen zu schaffen, muss neue Expertise geschaffen, mehr Journalist*innen in dieser Expertise ausgebildet werden. Das betrifft das Feld der Journalismusausbildung, in der Arbeitsthemen aktiv als Kernelement wirtschaftsjournalistische Ausbildung verankert werden sollten. (Tatsächlich wird dieser Ausbildung zumindest in Deutschland in einer aktuellen Studie eine mangelnde Pluralität in der Vermittlung wirtschaftswissenschaftlicher Inhalte vorgeworfen, die ihre Absolventen in die Richtung ökonomischer Orthodoxie treibt.²) Das betrifft aber auch die Redaktionen, die spezialisierte Rollen für die Arbeitsberichterstattung schaffen müssen.

These 3: Wir brauchen investigativen Journalismus über Arbeitsthemen

Investigativer Journalismus bedeutet im Arbeitskontext, proaktiv auf Menschen in schwierigen, prekären oder sogar gefährlichen Arbeitsverhältnissen zuzugehen und über ihre Umstände zu berichten. Es bedeutet auch, mit klaren und belegten Aussagen Firmen für diese Umstände zu benennen und öffentlich zur Verantwortung zu ziehen. Investigativer Journalismus kann aber auch kritisch über die Institutionen berichten, die jenseits unmittelbarer Arbeitskämpfe die Verhältnisse bewirken und reproduzieren. Er ist zugleich Journalismus von der Straße und aus der hohen Politik.

Investigativer Journalismus ist Agendasetting: Wo über Themen spannend und mit neuen Erkenntnissen berichtet wird, gibt es Folgeberichte. Denn einer Berichterstattung, die ihre Leserschaft fesselt, können sich auch jene Medien nicht entziehen, die einem Thema normalerweise nicht zugeneigt sind. Durch ihn werden gesellschaftliche Fakten geschaffen.

Bislang fehlt es allerdings an Nachrichtenmedien, die sich hauptsächlich und investigativ um Arbeitsthemen kümmern sowie um Investigativmedien, die bei Arbeitsthemen eine besondere Expertise entwickelt haben. Diese Leerstelle muss bewusst gefüllt werden. Es sollte über Organisationen und Modelle nachgedacht werden, durch die investigativer Journalismus finanziert werden kann, der parteiisch im Sinne der Beschäftigten über ihre Umstände berichtet.

2 Valentin Sagvosdkin: Qualifiziert für die Zukunft? Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland. Otto-Brenner-Stiftung, 2021. Abrufbar unter: https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AH104_Wirtschaftsjournalismus.pdf

Relevante Lektüre

Welche wichtige Rolle Journalismus im gesellschaftlichen Diskurs über das Thema Arbeit spielt, wird in den USA derzeit wissenschaftlich wieder breiter diskutiert. Der Autor bietet an dieser Stelle einen kurzen Überblick über ausgewählte Werke, die er mit Blick auf mögliche Vergleiche mit dem europäischen Kontext für interessant hält.

Historisch beschäftigten viele US-amerikanische Zeitungen für große Teile des 20. Jahrhunderts eigene „Labour-Reporter“, die das Geschehen am Arbeitsmarkt beobachteten und insbesondere über die vor allem bis zum Zweiten Weltkrieg häufigen Streiks und Arbeitskämpfe berichteten. In den Nachkriegsjahrzehnten schwand allerdings die Zahl derer, die hauptsächlich über das Thema Arbeit schrieben. Bereits 1947 stellte der Ex-Journalist und Gewerkschafter Darr Smith fest, dass von sechs Zeitungen im Raum Los Angeles nur eine einen Vollzeit-Reporter für Arbeitsthemen beschäftige. Deren Arbeit erfordere ein hohes Maß an Vorkenntnisse – eine Expertise, die Zeitungsinhaber auch aus politischen Gründen ungern kultivierten. „Having money, the publisher’s natural interests are with others who have money“, formulierte Smith³. Darrs Arbeitgeber, die *Los Angeles Daily News*, hatte ihn zuvor - während der heißen Phase des McCarthyismus - als angeblichen Kommunisten entlassen⁴.

Bereits ab den 1960er-Jahren reagierten viele US-amerikanische Zeitungen auf den wirtschaftlichen Druck durch das aufstrebende Medium Fernsehen, in dem sie sich stärker an den Anforderungen ihrer Anzeigenkundschaft konzentrierten. Bekannte Blätter wie die *Washington Post*, die *Los Angeles Times* oder das *Atlanta Journal* sparten den Vertrieb in ärmeren Gegenden in der Region ein, um Kosten zu sparen und ein für ihr Werbegeschäft attraktivere, gutverdienende und gebildete Leserschicht anzusprechen⁵. Bis heute seien es vor allem sozioökonomisch benachteiligte Gegenden der USA, die nicht von etablierten Medien abgedeckt würden und in denen es an regelmäßiger Berichterstattung durch professionelle Journalist*innen fehle⁶.

Der Wandel hin zu einer ökonomisch bessergestellten Leserschaft ging bei vielen Nachrichtenmedien mit sich ändernder Art der Berichterstattung über Arbeitsthemen und sich wandelnden Narrativen einher. Wie der Journalismus-Professor Christopher Martin in seinem Werk „Longer Newsworthy: How the Mainstream Media Abandoned the Working Class“ anhand von vergleichender Inhaltsanalyse nachzeichnet, berichteten US-Medien noch in den 1950er-Jahren über Streiks im öffentlichen Nahverkehr noch vor allem aus der Perspektive von Arbeitnehmer*innen. Die Berichterstattung über einen Transitstreik im Washington DC 1955 fokussierte auf Klagen der Beschäftigten über ihre Arbeitsbedingungen und den umstrittenen Vorstandschef der Verkehrsbetriebe, dem Leitartikel deren Kaputtsparen anlasteten⁷. Martin kontrastiert die Narrative mit jenen aus den 1980ern, als bei einem nationalen Fluglots*innenstreik die vielen Verspätungen und Beschwerden von Passagieren klar im Fokus vieler Medienberichten standen. Der Journalismus-Professor beschreibt das Re-Framing von Streiks und Arbeitskämpfen von solidarischen Erzählungen über die Bedingungen in einzelnen Betrieben und Branchen hin zu einem, in dem individuelle Probleme von Konsument*innen im Vordergrund stehen.

Die beschriebene Entwicklung geht einher mit einer sinkenden Anzahl an spezialisierten Berichterstatern über das Thema Arbeit selbst in den größten, renommiertesten Medien. Beschäftigte die *New York Times* zu einem gewissen Zeitpunkt in den 1960ern zeitgleich noch bis

3 In: Harold J. Salemson (1947): „Thought Control in the U.S.A.“, Progressive Citizens of America Southern California Chapter, Nachdruck durch Garland Publishing, New York/London 1977, Beitrag von Smith ab S. 105

4 <https://www.latimes.com/archives/la-xpm-2003-may-04-tm-newsies18-story.html>

5 Martin: 63 ff.

6 Usher: 12

7 Martin: 114 f.

zu fünf Labour-Reporter, war es seit den 1990er-Jahren nie mehr als einer⁸. Beispiel. Wo lange Zeit Berichterstattung über das Thema Arbeit aus einer politischen und gesamtwirtschaftlichen Perspektive geschah, schaffen ab den 1970ern immer mehr US-Medien stattdessen Kolumnen über den Aufstieg auf der „Karriereleiter“ und Finanz-Tipps für Kleinanleger*innen. Der Begriff „Arbeiterklasse“ langsam verschwindet aus der Berichterstattung, stattdessen weist Martin den Aufstieg des vor allem von der US-Rechten gebrauchten Kampfbegriffs „Job-Killer“ in Breitenmedien nach, der zur Desavouierung von Arbeitnehmer*innenorganisation und insbesondere Gewerkschaftsgründungen gebraucht wird⁹.

Quellen

Fanta, Alexander/Laufer, Daniel (2021): „Wolfsgeist: Wie Huawei seine Angestellten in Europa kontrolliert“, abgerufen unter: <https://netzpolitik.org/2021/wolfsgeist-wie-huawei-seine-angestellten-in-europa-kontrolliert/>

Jaffe, Sarah (2021): „Work Won’t Love You Back“, Bold Type Books

Martin, Christopher R. (2019): No Longer Newsworthy. How the Mainstream Media Abandoned the Working Class, IRL Press

Sagvosdkin, Valentin (2021): Qualifiziert für die Zukunft? Zur Pluralität der wirtschaftsjournalistischen Ausbildung in Deutschland. Otto-Brenner-Stiftung, 2021.

Salemson, Harold J. (1947): „Thought Control in the U.S.A.“, Progressive Citizens of America Southern California Chapter, Nachdruck durch Garland Publishing, New York/London 1977, Beitrag von Smith ab S. 105

Usher, Nikki (2021): „News for the Rich, White, and Blue. How Place and Power Distort American Journalism“, Columbia University Press

8 Martin: 52

9 Martin 163 ff.